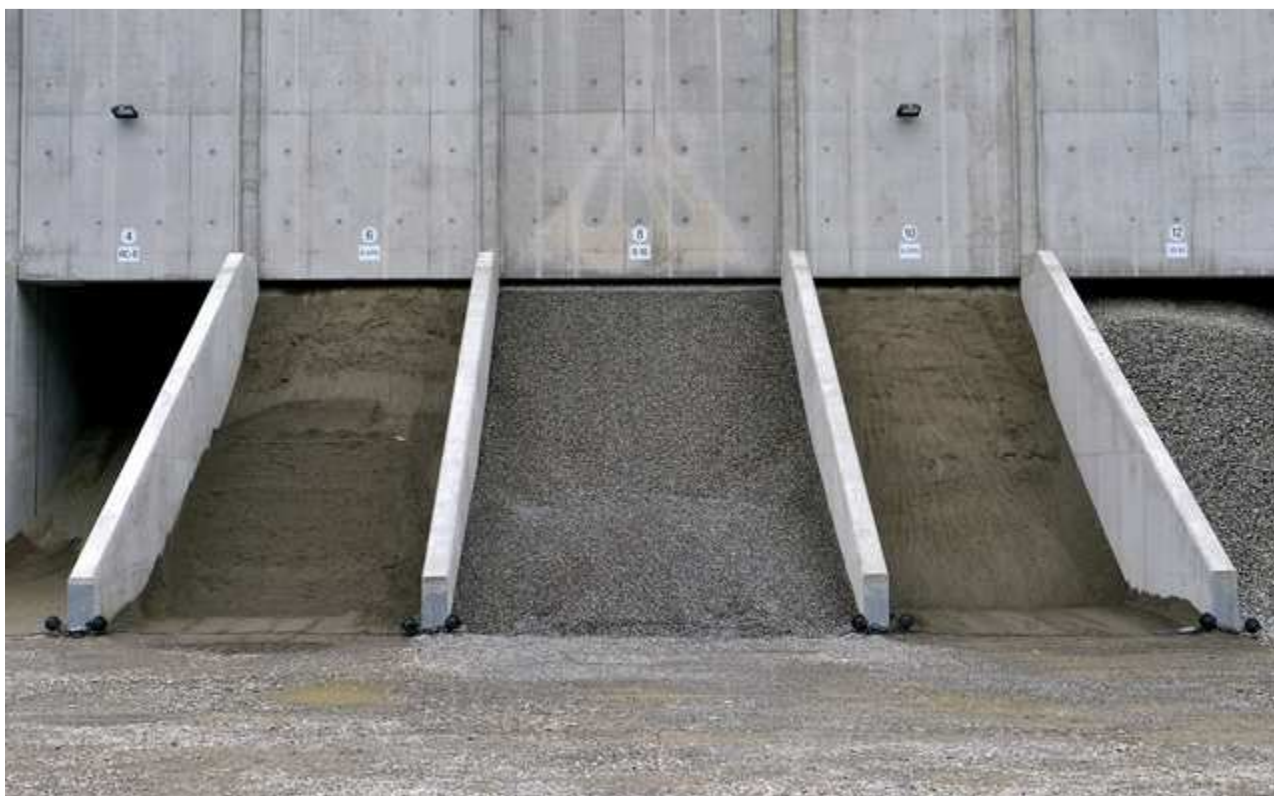


Kiesfirmen im Visier der Wettbewerbshüter

Von Johannes Reichen. Aktualisiert am 15.01.2015 **8** Kommentare

Die Wettbewerbskommission vermutet in der Region Bern-Thun Absprachen zwischen Kies- und Deponiefirmen.



Kartell-Verdacht: Muss Kies kaufen, wer Material deponieren will? Das Messerli-Werk in Oberwangen.

Bild: Stefan Anderegg

Artikel zum Thema

Kartellvorwurf gegen Kiesfirmen

Einsprachen gegen Kiesabbau

Den Wald roden, um Kies zu baggern



Sie kamen so unerwartet wie unerwünscht. An mehreren Standorten durchsuchten Mitarbeitende der Wettbewerbskommission (Weko) am Dienstagmorgen die Geschäftsräume von sieben Unternehmen aus der Kies- und Deponiebranche. Alle haben ihren Sitz in der Region Bern/Thun. Tags zuvor hatte die Weko eine Untersuchung gegen die Firmen eingeleitet.

Die Weko vermutet, dass die Unternehmen in doppelter Hinsicht die Wettbewerbsbestimmungen verletzen, wie sie gestern mitteilte. «Wir haben den

Weko-Direktor Rafael Corazza: Mutmassliches Kartell. (Bild: Keystone)

Die Reaktionen der sieben Firmen

Die Wettbewerbskommission ermittelt gegen sieben Unternehmen. Im Zentrum der Vorwürfe stand am Anfang die Kies AG Aaretal (Kaga) aus Uttigen. «Welche Firma welchen Beitrag leistet, ist Gegenstand der Untersuchung», sagt dazu Direktor Rafael Corazza. Klar ist aber: Die sechs weiteren Firmen sind an der Kaga beteiligt.

Dazu gehört die Kästli Bau AG aus Ostermundigen. «Nach bestem Wissen und Gewissen gehe ich davon aus, dass wir nicht gegen das Wettbewerbsrecht verstossen haben», sagt Daniel Kästli, Kaga-Präsident wie auch Kästli-Chef. Mit einer Untersuchung hat er nach den Vorwürfen in den Medien aber gerechnet und sagt: «Wir arbeiten mit der Weko kooperativ zusammen.»

Keine Stellung nehmen die Verantwortlichen des Kieswerks Heimberg. Dagegen sagt Frank Waser, stellvertretender Geschäftsführer Kieswerk Daepf AG in Oppligen: «Wir warten gelassen auf das Ergebnis.» Das Unternehmen Vigier ist durch das Kieswerk Steinigand (Kiestag) in Wimmis tangiert. Sprecher Didier Kreienbühl sagt: «Wir sind überzeugt, dass wir nicht gegen das Kartellgesetz verstossen.»

Und schliesslich trifft der Verdacht auch die Berner Unternehmen Messerli Kieswerk und K. & U. Hofstetter AG. Sie gehören beide zur Alluvia Holding. Verwaltungsratspräsident Kurt Baumgartner ist verärgert und sagt: «Die Weko wird ihre Gründe haben.»

Teilen und kommentieren

Stichworte

Weko

Ergebnis in anderthalb Jahren

Eine Weko-Untersuchung dauert in der Regel rund 18 Monate. Mit dieser Zeitspanne rechnet Corazza auch im vorliegenden Fall. Vereinfachen dürfte das Verfahren der Umstand, dass es sich

Verdacht, dass es Preis- und Mengenabsprachen gibt», sagt Weko-Direktor Rafael Corazza. Auch gebe es Indizien, dass die Firmen über eine «marktbeherrschende Stellung verfügen und diese missbraucht haben».

Verdacht erhärtet

Erste Vorwürfe wurden Anfang November in der Zeitung «Bund» erhoben. Der Freiburger Wirtschaftsrechtsprofessor Marc Amstutz sprach darauf in dieser Zeitung von «**problematischen Koppelungsverträgen**»: Wer etwa mehr als 5000 Kubikmeter Aushubmaterial deponieren wolle, werde verpflichtet, eine gewisse Menge Kies zu kaufen.

Die Weko wurde aktiv und stellte in den letzten Wochen erste Ermittlungen an. Diese waren ergiebig. «Es müssen genügend Verdachtsmomente vorliegen, sonst dürften wir gar keine Untersuchung eröffnen», so der Direktor. Dem Ergebnis der Ermittlungen stehe die Weko aber natürlich offen gegenüber.

Laut Corazza trifft der Vorwurf womöglich zu, dass die Unternehmen das Deponieren von Aushubmaterial an den Kauf von Kies gekoppelt haben. Zudem stehe der Verdacht im Raum, dass sie nicht allen Interessierten Zugang zu ihren Deponien gegeben und dass sie zudem unterschiedliche Konditionen angewendet hätten.

Bei den Hausdurchsuchungen war jeweils ein Vertreter der Kantonspolizei als Beobachter anwesend. An den Recherchen selbst waren nur Weko-Mitarbeitende sowie externe IT-Spezialisten beteiligt. Die Durchsuchungen seien im normalen Rahmen verlaufen und hätten rund einen Tag gedauert, sagte Corazza.

nicht um ein internationales, sondern vermutet um ein lokales Kartell handelt. «Dafür werden die Bezüge zur Raumplanung und zum Umweltschutz das Verfahren eher erschweren», so Rafael Corazza.

Der Kanton Bern ist nicht in das Verfahren involviert. Justizdirektor Christoph Neuhaus (SVP) befürwortet aber gemäss einer Mitteilung die Untersuchung: Nur so lasse sich das Vertrauen in die Branche wieder herstellen.

(Berner Zeitung)

Erstellt: 14.01.2015, 19:49 Uhr

[Alle Kommentare anzeigen](#)